Deutscher Bundestag

19. Wahlperiode 21.04.2020

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Matthias Büttner, Wolfgang Wiehle, Leif-Erik Holm, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Satelliteninternet als Alternative während des Krisenfalls

Zum 31. Dezember 2020 laufen die Frequenznutzungsrechte im Frequenzbereich 450 MHz aus und werden neu zugeteilt (https://www.bundesnetzagentu r.de/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Frequenz en/Firmennetze/450MHz/450MHz-node.html).

Der Beirat der Bundesnetzagentur hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die 450-MHz-Frequenzen für Anwendungen kritischer Infrastruktur bereitzustellen und nennt hier unter anderem die Energiewirtschaft (https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Bundesnetzagentur/Beiraete undAusschuesse/Beirat/Pressemitteilungen/Beirat23092019.pdf?__blob=public ationFile&v=3). Zur Frequenzbedarfsermittlung hat die Bundesnetzagentur ein Eckpunktepapier erstellt und interessierte Kreise dazu aufgerufen, Stellung zu nehmen (https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/Telekommunikati on/Unternehmen_Institutionen/Frequenzen/Firmennetze/450MHz/450MHz-no de.html).

Im Eckpunktepapier (ebd., exemplarisch auf S. 1) wird ausgeführt, dass für eine verlässliche Energieversorgung entscheidend ist, dass eine ausreichende und flächendeckend verfügbare Telekommunikationsinfrastruktur existiert, die "schwarzfallfest" angebunden ist.

Dabei weist die Bundesnetzagentur in dem Eckpunktepapier darauf hin, dass eine Entscheidung der Bundesregierung noch aussteht und weiterhin im Raum steht, die 450-MHz-Frequenzen den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und der Bundeswehr zuzuteilen (ebd., S. 2 und 4). Unter anderem hatten sich der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer und mehrere Spitzenvertreter der Nutzerorganisationen des Digitalfunks für die Zuteilung der Frequenzen an Blaulichtorganisationen ausgesprochen (https://www.bdbos.bund.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2020/200131_B MI 450-MHz.html).

Eine andere Lösung der flächendeckenden Internetversorgung bietet nach Ansicht der Fragesteller Hochgeschwindigkeitsinternet via Satelliten. So hat das britische Kommunikationsunternehmen OneWeb 34 neue Satelliten ins Weltall gestartet, die aus 450 Kilometer Höhe ein Hochgeschwindigkeitsnetz zu Wasser, zu Land und in der Luft ermöglichen sollen (https://www.n-tv.de/wissen/In ternet-Satelliten-starten-ins-All-article21659892.html). Das US-Unternehmen SpaceX ist ebenfalls seit Februar 2018 dabei, Satelliten für diesen Zweck in den Weltraum zu starten (https://www.general-anzeiger-bonn.de/news/panoram a/spacex-starlink-satelliten-erscheinen-wie-lichterkette-am-himmel_aid-4822 7789).

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung führt zur Mobilfunkstrategie der Bundesregierung aus: "Für verbleibende, besonders entlegene Haushalte, die nur zu sehr hohen Kosten erschlossen werden können, wird die Bundesregierung eine Versorgung durch geeignete alternative Technologien, wie zum Beispiel Satellit, sicherstellen." (https://www.bundesregierung.de/bre g-de/themen/digitalisierung/mobilfunkstrategie-1693528). In der Mobilfunkstrategie selbst wird Satelliteninternet nicht explizit genannt (https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/Mobilfunkstrategie.pdf).

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Hat sich die Bundesregierung mit dem Thema Satelliteninternet als Alternative für schnelles Internet befasst (wenn ja, bitte die verwendeten Studien listen, die Behörden benennen, die sich damit befasst haben, und wann sich befasst wurde)?
- 2. Welche Eigenschaften oder fehlenden Eigenschaften von Satelliteninternet sprechen aus Sicht der Bundesregierung gegen eine Nutzung für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und die Bundeswehr?
- 3. Welche Eigenschaften oder fehlenden Eigenschaften von Satelliteninternet sprechen aus Sicht der Bundesregierung gegen eine Nutzung für Anwendungen kritischer Infrastruktur?
- 4. Wäre, wenn Satelliteninternet von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS, vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) und der Bundeswehr genutzt wird, dann eine parallele Nutzung der Infrastruktur durch Privatnutzer nach Ansicht der Bundesregierung möglich?
- 5. Wäre, wenn Satelliteninternet für Anwendungen kritischer Infrastruktur genutzt wird (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), dann eine parallele Nutzung der Infrastruktur durch Privatnutzer nach Ansicht der Bundesregierung möglich?
- 6. Wäre es nach Ansicht der Bundesregierung möglich, Satelliteninternet gleichzeitig für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und Anwendungen kritischer Infrastruktur zu nutzen?
- 7. Welche Kosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung bei einer Nutzung von Satelliteninternet für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gegenüber einer Nutzung der 450-MHz-Frequenzen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
- 8. Welche Kosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung bei einer Nutzung von Satelliteninternet für Anwendungen kritischer Infrastrukturen gegenüber einer Nutzung der 450-MHz-Frequenzen?
- 9. Eignet sich nach Ansicht der Bundesregierung Satelliteninternet, um die bekannten weißen Flecken in der Mobilfunkversorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternet zu schließen?
- 10. Welche geeigneten Technologien sind gemeint, die in der Mobilfunkstrategie angeführt werden, mit denen Haushalte in entlegenen Gebieten, die derzeit nur mit sehr großem Aufwand und zu besonders hohen Kosten erschlossen werden können, versorgt werden sollen (https://www.bmvi.de/S haredDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/Mobilfunkstrategie.pdf, S. 4)?

11. Würde ohne die Energiewende (https://www.bundesregierung.de/breg-de/t hemen/energiewende) mit der ihr innewohnenden Nutzung volatiler Energiequellen nach Ansicht der Bundesregierung ein Bedarf an einem flächendeckend verfügbaren, schwarzfallfesten Telekommunikationsnetz bei der Energiewirtschaft bestehen (vgl. https://www.bundesnetzagentur.de/Sh aredDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Bundesnetzagentur/BeiraeteundAu sschuesse/Beirat/Pressemitteilungen/Beirat23092019.pdf?__blob=publicati onFile&v=3, S. 1)?

Berlin, den 14. April 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

